

Die Globalisierungsdebatte – Positionspapier des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung

**vorgelegt von
Roman Herzog und Klaus-Peter Müller**

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.
Printed in Germany.

Herstellung: Druckerei Paffenholz, Bornheim

Inhalt

Zusammenfassung	5
Positionspapier zur Globalisierungsdebatte des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung	
vorgelegt von Roman Herzog und Klaus-Peter Müller	7
Die Mitglieder des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung	19

Zusammenfassung

- Globalisierung, also die zunehmende Verflechtung in wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Hinsicht, ist weder neu noch an sich gut oder schlecht. Es kommt darauf an, was wir aus der Globalisierung machen. Sie ist das Ergebnis politischer und ökonomischer Freiheit, technischen Fortschritts, offener Märkte und globaler Zusammenarbeit.
- Globalisierung ist nicht nur ökonomischer Natur. Sie ist zutiefst politisch, sie hat eine wichtige kulturelle Komponente und ist eng verbunden mit gesellschaftlichen und moralischen Werten.
- Zwar wird die Globalisierungskritik von extremistischen und gewaltbereiten Gruppen missbraucht. Aber auch nachdenkliche Menschen aus dem kirchlichen, unternehmerischen und gewerkschaftlichen Bereich, aus Verbänden, Wissenschaft und Politik sehen in einer ungehemmten Globalisierung einen wichtigen Grund für wachsende Ungerechtigkeit und kulturelle Identitätsverluste. Diese Kritik nimmt die Konrad-Adenauer-Stiftung ernst.
- Die Globalisierung stellt jedoch für die Menschheit eine große Chance auf mehr Freiheit, auf wachsenden Wohlstand und eine bessere interkulturelle Verständigung dar, wenn wir sie richtig gestalten. Dies ist eine zentrale Herausforderung für die Politik.
- Die erfolgversprechende Antwort auf diese Herausforderung ist, die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch global zur Anwendung zu bringen, also wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich zu verbinden, um faire Chancen für alle zu schaffen. Dazu bedarf es eines globalen Ordnungsrahmens, der nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum ermöglicht und Menschenrechtsverletzungen, Sozialdumping und Umweltzerstörung ausschließt: Dies wäre eine vorausschauende, gestaltende Politik auf der Grundlage einer völker- und kulturgebreitenden Verständigung über die Grundelemente eines gemeinsamen Ethos. Ziel ist: Freiheit und Wohlstand für alle! Dafür setzt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland und weltweit ein.
- Die Europäische Union sollte dabei eine entscheidende Rolle spielen: Im internationalen Maßstab durch eine konstruktive Mitarbeit an einem weiteren Abbau von Handelshemmnnissen, durch Öffnung ihrer Märkte und den Aufbau von wettbewerbsfördernden Kontrollmechanismen, z.B. durch ein globales Kartellrecht. Innerhalb der EU sollten die Arbeitsmärkte flexibilisiert und Bildung und Forschung wirksam

gefördert werden. Die politische Rolle Europas kann global nur zur Geltung kommen durch eine Stärkung ihrer di-

plomatischen und militärischen Fähigkeiten im transatlantischen Verbund mit den USA.

Positionspapier zur Globalisierungsdebatte des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung

vorgelegt von Roman Herzog und Klaus-Peter Müller

Bekanntes Phänomen, neue Herausforderung

Seit Jahrhunderten fördern ökonomische Interessen sowie Entdecker- und Forschergeist das Phänomen der Globalisierung. Sie ist Teil des Fortschritts, per se weder gut noch schlecht. Ob zunehmende Globalisierung ein Segen oder Fluch für die Völker der Welt darstellt, haben zu jeder Zeit die – nationalen wie internationalen – politischen Rahmenbedingungen entschieden. Das ist auch heute so.

Das Globalisierungsphänomen ist also grundsätzlich nicht neu. Doch der Begriff der Globalisierung markiert eine neue Ära in der Menschheitsgeschichte. Das Zusammentreffen nie gekannter politischer und ökonomischer Freiheit mit einem revolutionären Tempo an wissenschaftlicher und technischer Entwicklung verändert überall auf der Welt die politische Agenda. Weitgehend freier Finanzverkehr und liberalisierter Welt Handel schaffen nie dagewesene Verflechtungen in ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Hinsicht. Zunehmend stoßen Nationalstaaten mit ihren Möglichkeiten an Grenzen; selbst die grundlegenden Aufgaben der Außen- und Sicherheitspolitik sind mit national-

staatlichen Instrumenten nicht mehr lösbar. Die Ökonomie hat mit erhöhter Internationalität, ausgereifteren Koordinierungsinstrumenten und gesteigerter Reaktionsgeschwindigkeit Antworten auf diese Entwicklung gefunden. Dagegen hinkt die Politik bei der Entwicklung eines wirkungsvollen Instrumentariums, an Geschwindigkeit, vor allem aber an internationaler Abstimmung hinterher.

Den Primat der Politik durchsetzen

Der derzeitige Globalisierungsschub ist weder Zufall noch Unglücksfall der Geschichte. Er ist das Ergebnis einer konsequent auf politische und ökonomische Freiheit, wissenschaftlich-technischen Fortschritt, offene Märkte und weltweite Zusammenarbeit setzenden Politik. Die christliche Demokratie hat diese Politik immer befördert, ausgehend von einem Menschenbild, das dem Einzelnen Verantwortungsfähigkeit und Entscheidungsspielräume zubilligt, ihm aber dort Grenzen auferlegt, wo blinder Fortschrittglaube oder Machbarkeitswahn zu nicht kontrollierbaren, ungewollten, ungerechten oder moralisch verwerflichen Ergebnissen führt. Wer heute die

Entwicklung anhalten oder zurückdrehen will, begeht einen verhängnisvollen Fehler. Doch die derzeitigen Debatten um weltweite Gerechtigkeit, Umwelt- und Sozialstandards sowie die Bioethikdebatte zeigen auch, dass hohes Innovationstempo in eine Situation geführt hat, in der wir wieder stärker die Hinwendung zu einer Balance zwischen Fortschritt und Ethik, Wirtschaft und Moral, dem Machbaren und dem Vertretbaren brauchen.

Es gilt zu erkennen, dass das Globalisierungsphänomen mit ökonomischen Prozessen nicht hinreichend beschrieben ist. Die Globalisierung hat auch eine noch weithin unterschätzte kulturelle Dimension. Zwar existiert der globale Austausch von Kulturen seit Jahrtausenden. Brauchte das Papier aber noch 1200 Jahre, um den Siegeszug um die Welt anzu treten, so verzeichnen wir heute aufgrund neuer technischer und logistischer Möglichkeiten eine nie dargewesene Schnelligkeit, Direktheit und allgemeine Betroffenheit. Das heutige Globalisierungsphänomen erfasst nicht nur die Eliten, es erfasst die gesamte Menschheit in allen Ländern und Kulturen. Dabei stellen tradierte Strategien wie „Abschotten“ im Zeitalter von Internet, Satelliten-Handys, Satelliten-Fernsehen und moderner Logistik keine ernstzunehmenden Optionen mehr dar. Es ist daher nachvollziehbar, wenn in allen Teilen der Welt Menschen mit Verunsicherung reagieren oder sich sogar in ihrer Herkunft, Identität, Kultur oder Religion bedroht oder angegriffen fühlen. Diese Entwicklung zu ignorieren

würde sowohl die Gefahr radikaler Ablehnung der Globalisierung als auch die Gefahr explosiver Krisenherde erhöhen.

Die Globalisierungsprozesse bedürfen einer ordnenden Hand. Schon deshalb führen Thesen von der Dominanz einer entfesselten Ökonomie über die Politik wie über das Ende nationalstaatlicher Entscheidungen in die Irre. Würde sich die Politik vermeintlichen Sachzwängen und angeblichen ökonomischen Notwendigkeiten unterwerfen und damit den aktuellen Entwicklungen nur hinterherhecheln, drohte sie ihre Steuerungsfähigkeit und in der Folge Glaubwürdigkeit und Legitimation einzubüßen.

Wir brauchen daher keineswegs weniger Politik. Was wir brauchen ist eine vorausschauende Politik, die sich konsequent ihrer eigentlichen Aufgabe widmet: der Gestaltung von aus ihrem Werteverständnis abgeleiteten Rahmenbedingungen: auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Dies erfordert zwingendermaßen eine völker- und kulturübergreifende Verständigung über die Grundelemente eines gemeinsamen Ethos.

Globalisierungskritik ernst nehmen und beantworten

Wir stellen fest, dass – national wie international – die Wertedebatte mit den ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungen nicht Schritt gehalten hat. Äußeres Zeichen ist die wachsende Zahl der Globalisierungskriti-

ker, die soziale, ökologische und politische Verwerfungen beklagen.

Ernstzunehmende und nachdenkliche Menschen aus dem kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereich, aus Verbänden, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sehen in der Globalisierung den Grund für wachsende Ungerechtigkeit. Man muss viele ihrer – im Kern auch widersprüchlichen – Argumente und Schlussfolgerungen nicht teilen, doch wo die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung vertieft wird, wo soziale Ungerechtigkeiten zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern, aber auch durch unerwünschte Umverteilungsprozesse innerhalb der Nationen entstehen, werden Fehlentwicklungen zurecht angesprochen.

Ohne Zweifel wird „Globalisierungskritik“ auch von extremistischen und gewaltbereiten Gruppen für ihre Zwecke politisch missbraucht. Umso mehr sind wir aufgefordert, die Auseinandersetzung mit den Risiken der Globalisierung nicht ihren gewaltbereiten Gegnern zu überlassen.

Die Globalisierungskritiker müssen differenziert betrachtet werden. Es gilt, zwischen den Gruppen, die erstgemeinte Bedenken artikulieren, und denen, die das Globalisierungsetikett zur Rechtfertigung anders motivierter Gewalt missbrauchen, zu unterscheiden. Die Sorge und Skepsis vieler Globalisierungskritiker zu ignorieren hieße, die politischen Versäumnisse im Umgang mit der Protestgeneration der 68er sowie der aufkommenden Um-

weltbewegung Ende der 70er Jahre zu wiederholen.

Mit der Sozialen Marktwirtschaft verfügt die christliche Demokratie über ein Ordnungskonzept, das wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Ausgleich verbindet. Die Soziale Marktwirtschaft ist nach ihrem Selbstverständnis eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die den Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Ihr Ziel ist es, dass sich alle Menschen nach ihren Fähigkeiten entfalten können. Soziale Marktwirtschaft will optimale Entfaltungsmöglichkeiten, „faire Chancen für alle“, unabhängig von sozialer Herkunft, Alter oder Geschlecht. „Jeder wird gebraucht. Keiner darf verloren gehen“. Das ist die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft.

Diese ethische Leitlinie ist die Basis für einen konstruktiven Dialog der christlichen Demokratie mit den ernsthaften und friedlichen Globalisierungskritikern. Die Konrad-Adenauer-Stiftung sollte daher eine Dialogoffensive starten: um für ihre Positionen zu werben und um berechtigte Argumente der Kritiker bei der Suche nach Zukunftsstrategien zu berücksichtigen.

An diesem Dialog sollte neben Politik und Kritikern die Wirtschaft unmittelbar beteiligt sein. Nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg setzt die Balance der Wertetrias Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit voraus. Auch der kontrovers diskutierte shareholder value – im Sinne einer steigigen Steigerung des Unternehmenswertes – erfordert letztlich die Verwirkli-

chung der Gesetze nachhaltigen Wirtschaftens. Somit hat auch die Wirtschaft ein Interesse an einem Dialog über ethische Mindeststandards, wie sie ein berechtigtes Interesse an der Bereinigung von Vorurteilen gegenüber den unternehmerisch Handelnden sowie der Darstellung der positiven Auswirkungen einer offenen globalen Wirtschaft hat.

Handlungsebenen

Kleine Einheiten stärken und schützen

Die Besinnung auf die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft gibt Orientierung in der gegenwärtigen Globalisierungsdebatte. Eine Politik, die beim Individuum ansetzt, braucht vor allem basisnahe Instrumente. „Faire Chancen für alle“ lassen sich nicht global verordnen. Der Umgang mit Globalisierungsproblemen darf sich daher nicht im Ruf nach einem Mehr an globaler Politik erschöpfen. Ohne Zweifel nimmt die internationale Politik an Bedeutung zu und ohne Zweifel brauchen wir eine globale Debatte über weltweit geltende Mindestnormen und Mindeststandards, ebenso über die Frage, wer die Einhaltung der Regeln mit welchen Mitteln wirkungsvoll überprüft. Doch diese Verständigung entlastet Kommunen, Regionen und Nationen keineswegs von ihrer Verantwortung. Im Gegenteil: Wirkungsvolle Antworten auf die Globalisierung sind in aller Regel lokal.

Gerade bei aufkommenden Unsicherheiten und Unübersichtlichkeiten kommt

den kleineren Einheiten wie Familie, Heimat, aber auch der Nation unverzichtbare Bedeutung für Orientierung, Identität und Halt zu. Wenn die Globalisierung dem Menschen dienen soll, müssen Tendenzen zur Heimat- und Bindungslosigkeit bekämpft und gleichzeitig Möglichkeiten für Bindungen und Geborgenheit gefördert werden. Es geht darum, Identitäten zu stärken und Menschen gleichzeitig fit zu machen für die Globalisierung. Das verlangt letzten Endes Stärkung und Schutz der kleinen Einheiten. Diese dürfen sich jedoch nicht abschotten, sondern müssen sich in einer offenen Welt dem Miteinander und dem kulturellen Dialog stellen.

Verantwortung Deutschlands und Europas

Europa könnte bei diesem Dialog eine herausragende Rolle spielen. Es kann aus seinen kulturellen und historischen Erfahrungen heraus wesentliche Impulse geben. Die Verankerung des Prinzips der sozialen Verantwortung ist dabei ebenso hilfreich wie die Erfahrung mit Subsidiarität, Souveränitätsübertrag auf größere Einheiten sowie Umgang unterschiedlicher Kulturen unter- und miteinander. Das Gewicht Europas wird dabei um so stärker sein, je besser es ihm gelingt, für sich selbst die richtigen Antworten auf die Globalisierung zu finden. Um so schwerer wiegt die in den letzten Jahren aufgrund mangelnder Reformfähigkeit eingetretene Selbstlähmung – gerade in den großen Staaten Europas. Diese Lähmung behindert auch die Beantwortung

der durch die Globalisierung wieder stärker in den Vordergrund gerückten Identitätsfrage.

Die Rückgewinnung der Reformfähigkeit und die Bereinigung der strukturellen Defizite sind unverzichtbarere Beiträge Europas zur Bewältigung der Globalisierung – nicht nur im eigenen, sondern auch im globalen Interesse. Es ist nicht gut, dass sich Europa in der gegenwärtigen ökonomischen Situation auf die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten verlässt. Europa muss sich mehr zutrauen und die Ärmel hochkrepeln. Nur so kann die europäische Völkergemeinschaft ihrer moralischen Pflicht und ihrer globalen Verantwortung nachkommen.

Große Staaten wie Deutschland müssen ihre Vorbild- und Motorfunktion erfüllen – im globalen Rahmen, vor allem aber im Hinblick auf die „Beitrittsländer“ und deren Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Mit mangelnder Reformbereitschaft schadet sich Deutschland nicht nur selbst und gefährdet sein mit dem Wiederaufbau nach 1945 und der Bewältigung der Wiedervereinigung erworbenes Ansehen, es enttäuscht auch andere Völker. Es ist an der Zeit, dass Deutschland seine hausgemachten Probleme löst, um international wieder initieren und stimulieren zu können.

Internationale Zusammenarbeit

Nationale und regionale Reformanstrenzungen reichen als Antwort auf die Globalisierung nicht aus. Wo die Notwendigkeit globaler Antworten besteht, muss

das Instrumentarium der internationalen Völkergemeinschaft wirkungsvoller werden. Dies gilt insbesondere für die Einhaltung grundlegender Menschenrechte und die Garantie einer fairen Ordnung des nachhaltigen Wirtschaftens.

Wir sollten offensiv die Frage nach der Ordnung unserer Welt stellen. Welche internationalen Organisationen brauchen wir und wie gestalten wir sie? Wer wacht mit welchen Instrumenten und Befugnissen über Menschenrechte, fairen Handel, Umwelt- und Sozialstandards? In diese Debatte sind Veränderungen hinsichtlich Zuständigkeiten, Instrumentarien und Prioritätensetzung für bestehende Organisationen wie WTO, IWF und ILO mit einzubeziehen. Die Lösung wird in einem Maßnahmenbündel liegen, das insgesamt auf eine verbesserte Abstimmung nationaler Politiken und auf eine verstärkte Regelung der Aktivitäten nichtstaatlicher Akteure und Transaktionen abzielt.

In der Frage nach den Trägern der neuen globalen Ordnung sind jene Vorstellungen zurückzuweisen, die in der Schaffung neuer Institutionen und netzwerkartiger Regelungszusammenhänge allein eine hinreichende Antwort auf alle globalen Probleme sehen. Eine solche Vorstellung überschätzt die Rolle von Institutionen und Organisationen in der internationalen Politik. Sie unterschätzt zugleich die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Staaten zur Selbstkoordination und zur verantwortungsbewussten Politikgestaltung. Der demokratische

Verfassungsstaat, wie wir ihn in den meisten Ländern der westlichen Wertegemeinschaft finden, ist ein demokratisch legitimierter Akteur auch auf internationaler Ebene. Er wird daher auf absehbare Zeit die zentrale Vermittlungsinstantz zwischen substaatlichen, transnationalen und internationalen Akteuren bleiben.

Handlungsfelder

Die Wahrung von Frieden und Sicherheit

Das Aufkommen der Globalisierungsdebatte ist wesentlich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verbunden. Erst jetzt konnte wirklich global werden, was sich bis dahin als „Teilglobalisierung“ vollzogen hatte. Doch der Wegfall der Blockkonfrontation führt nicht problemlos in eine neue Ära des friedlichen Welthandels, wenn gleichzeitig eine Vielzahl neuer sicherheitspolitischer Risiken und Destabilisierungstendenzen freigesetzt werden. Dies hat ein Umdenken und eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik auf der Grundlage eines erweiterten Sicherheitsbegriffes notwendig gemacht. Doch die Reaktion auf die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, die Anschläge des 11. September 2001 sowie den Krieg in Afghanistan machen deutlich, dass Europa noch weit davon entfernt ist, seiner gestiegenen sicherheitspolitischen Verantwortung gerecht zu werden.

Das Bekenntnis zur transatlantischen Gemeinschaft und zur engen sicherheits-

politischen Zusammenarbeit mit den USA darf nicht länger als Entschuldigung für mangelnden politischen Willen und fehlende Bereitschaft zu politischem Handeln missbraucht werden. Wollen Deutschland und Europa ihre Vorstellungen von einer friedlichen und gerechten Weltordnung zur Geltung bringen, müssen sie hierfür auch die sicherheitspolitischen Voraussetzungen schaffen. Es geht im wohlverstandenen Interesse beider Seiten um den Aufbau einer gleichberechtigten Partnerschaft. Dies bedeutet:

- die neuen transnationalen und globalen Risiken sowie veränderte Gefahrenpotentiale (chemische Kampfstoffe) in die Sicherheitsstrategie einzubeziehen.
- den Ausbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI/ESVP) voranzutreiben,
- die nationalen und europäischen Kapazitäten zur internationalen Friedenssicherung zu verbessern sowie Russland in die gesamteuropäische Sicherheit einzubeziehen,
- die sicherheitspolitische Partnerschaft mit den USA im Rahmen der NATO zu festigen,
- einen substanzuellen Beitrag Europas zur internationalen Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen zu leisten und
- neue Formen vorausschauender Politik zur Krisenerkennung und -vermeidung zu entwickeln.

Globale Wirtschaft und soziale Sicherheit verbinden

In jüngerer Zeit haben sich ökonomische Verflechtungen enorm gesteigert, verdichtet und beschleunigt. Die ökonomische Globalisierung zeigt sich vor allem im erheblichen Anwachsen des weltweiten Handels und in der stark wachsenden Mobilität von Kapital. Ökonomische Potenziale können immer schneller erschlossen werden, die Durchschlagskraft von Innovationen erreicht immer neue Dimensionen, räumliche Distanzen werden immer schneller, billiger und effizienter überbrückt.

Auf der anderen Seite existieren erhebliche Risiken. Aus der deutschen Binnensicht äußern sich diese vor allem in einem zunehmenden Wettbewerbsdruck, ausgelöst durch die weltweite Liberalisierung. Gleichzeitig sehen sich aber viele Entwicklungsländer auf der Verliererseite der Globalisierung. Sie werfen den wohlhabenden Industrienationen egoistische Besitzstandswahrung vor, und damit den Ausschluss der ärmeren Länder vom wirtschaftlichen Nutzen der Globalisierung. Diese Kritik konkretisiert sich vor allem in dem Vorwurf, Zollschränke würden gerade für diejenigen Produktgruppen erhoben, welche die Entwicklungsländer erfolgreich auf dem Weltmarkt anbieten könnten. Wenn aber den ärmeren Ländern legitime Entwicklungschancen vorenthalten werden, ist das Postulat einer gerechten und fairen Weltwirtschaftsordnung in der Tat verletzt.

Zu einer fairen Ordnung gehört nicht zuletzt die globale Verwirklichung des

Prinzips nachhaltigen Wirtschaftens, das menschenrechtsverletzendes Sozialdumping, Unterdrückung und rücksichtslose Umweltzerstörung ausschließt. Die für alle gültigen Mindeststandards lassen sich nur im Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern festlegen. Dabei müssen die Industriestaaten den Verdacht ausräumen, sie wollten über Mindeststandards einen ihnen nützlichen Sozial- oder Umweltpfotektionismus aufbauen.

Gesucht ist daher ein neuer Ordnungsrahmen für die Weltwirtschaft, der einerseits die Voraussetzungen für Wohlstand und Innovationskraft der Industrienationen wahrt, andererseits aber dem Bekenntnis zur sozialen Verantwortung der Wirtschaft Geltung verschafft und den Entwicklungsländern die Chance auf eine gerechte „Globalisierungsdividende“ einräumt.

Bei der Suche nach einem solchen Ordnungsrahmen kann das Modell der Sozialen Marktwirtschaft auch weltweit wichtige Orientierungen bieten. Die Verbindung der Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes mit ethischen Prinzipien kann genau das schaffen, wonach heute viele suchen: die Vision einer ausbalancierten globalen Gesellschaft mit fairen Chancen für alle. Hieraus resultieren folgende politische Herausforderungen:

- der Abbau des innenpolitischen Reformstaats zur Erhaltung von Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft,
- die verstärkte Nutzung und ggf. Verbesserung von Institutionen und

Regelungsmechanismen zur Gewährleistung eines fairen globalen Wettbewerbs,

- die Öffnung der Märkte in den Industrieländern zur Verwirklichung eines fairen Handels mit Entwicklungsländern,
- die Orientierung der globalen Wirtschaft am Leitbild sozial verantwortlichen und nachhaltigen Wirtschaftens,
- der Aufbau eines gerechten Ordnungsrahmens für die Weltwirtschaft,
- die Durchsetzung von globalen Arbeits- und Sozialstandards auf dem Wege eines partnerschaftlichen Dialogs mit den Entwicklungsländern sowie
- die Förderung demokratischer Institutionen und der Aufbau sozialer Sicherung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Neugestaltung des Dialogs von wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Ländern („Nord-Süd-Dialog“)

Der Aufbau eines gerechteren Ordnungsrahmens für die globale Wirtschaft und die Förderung sozialer Sicherungssysteme in den Entwicklungsländern sind zwar wichtige Schritte, sie reichen für sich genommen aber nicht aus, um die zunehmende ökonomische, politische und gesellschaftliche Kluft zwischen stärkeren und schwächeren Ländern zu verringern. Die bereits heute offensicht-

liche Teilung der globalen Gesellschaft verlangt vielfältige politische Initiativen, die unter dem Oberbegriff einer Neugestaltung und Intensivierung des „Nord-Süd-Dialogs“ zusammengefaßt werden können. Das bedeutet jedoch nicht eine Wiederaufnahme der in den siebziger Jahren geführten Debatte um die „Neue Weltwirtschaftsordnung“, sondern die Etablierung eines breit angelegten Dialogprozesses über die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Die Formulierung und Durchsetzung gemeinsamer Standards auf globaler Ebene kann nicht länger auf dem Wege einseitiger Vorgaben durch den reichen Norden geschehen, sondern muss als partnerschaftlicher Dialog mit den Ländern des Südens betrieben werden.

Im Zentrum dieses Dialogs sollten die finanziellen und technischen Entwicklungshilfeverpflichtungen der westlichen Industriestaaten stehen, ebenso aber auch die Verantwortung der Eliten in den Entwicklungsländern. Sowohl die gegen „den Westen“ erhobenen Vorwürfe ökonomischer, politischer und nicht zuletzt kultureller Dominanz, als auch von Misswirtschaft und Korruption in den Entwicklungsländern müssen in diesem Dialogprozess offen zur Sprache gebracht werden.

Dies bedeutet konkret:

- die Wiederaufnahme der Diskussion über den Stellenwert und die Zielsetzung staatlicher Entwicklungshilfeleistungen,

- die Erweiterung des entwicklungspolitischen Denkens um kulturelle, gesellschaftliche und politische Aspekte im Sinne eines „erweiterten Begriffs der Entwicklungszusammenarbeit“,
- die substanzielle Aufstockung der staatlichen Entwicklungshilfeleistungen der Industrieländer und
- die weitgehende Etablierung des Prinzips partnerschaftlichen Ausgleichs auf „gleicher Augenhöhe“ im Rahmen eines neu zu definierenden „Nord-Süd-Dialogs“.

Priorität für die Bildungspolitik

Zur Globalisierung der Märkte tritt die Globalisierung der Ideen und Innovationen. Bildung wird mehr denn je zu einer Entwicklungs- und Zukunftskapitalie, die über die Anschlussfähigkeit einer Volkswirtschaft an die Globalisierung entscheidet. Vor diesem Hintergrund muss die Herausbildung der künftigen Generationen in den Entwicklungsländern zu einem Hauptziel der Entwicklungspolitik werden. Außerdem ist es unmoralisch, den ärmeren Ländern die gebildeten Zukunftseliten „abzukaufen“ und ihnen damit die wichtigste Entwicklungreserven zu nehmen.

Deutschland muss selbst sein Bildungswesen in Ordnung bringen und für ausreichende – private wie öffentliche – Investitionen in die Bildung sorgen. Bildung hat einen Wert an sich, gleichzeitig entscheidet sie über die Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft. Denn ein

Land wie Deutschland kann im globalen Wettbewerb nur dann bestehen, wenn es in der Lage ist, an der Spitze von Innovation und Fortschritt neue Beschäftigungschancen zu erschließen.

Schließlich resultiert aus der Globalisierung der Ideen auch die Notwendigkeit zu interkulturellen Lernprozessen. Es zählt zu den Eigenarten der Globalisierung, dass die Tendenz zur Vereinheitlichung mit der zur Differenzierung einhergeht. Dem Eindruck einer Angleichung von Lebensweisen und -stilen steht die zunehmende Verbreitung unterschiedlicher kultureller Ordnungsentwürfe entgegen. Das macht das Erlernen von Formen friedlichen interkulturellen Zusammenlebens notwendig. Im einzelnen heißt dies:

- die Globalisierung sowohl im nationalstaatlichen Rahmen als auch global als Bildungsaufgabe zu begreifen,
- das Anwerben intellektueller Ressourcen aus den Entwicklungsländern nur mit großer Zurückhaltung vorzunehmen, damit diese Länder mit gut ausgebildeten Menschen ihre Chancen nutzen können,
- der Bildungspolitik Priorität einzuräumen und sie mit Blick auf den Austausch mit anderen Kulturen und Religionen aufzuwerten und
- einen verstärkten Transfer von Wissen und Know How in Entwicklungsländer zu gewährleisten.

Die Förderung von Demokratie und Menschenrecht

Die ordnungspolitischen Folgen der Globalisierung ergeben bislang ein zwiespältiges Bild. Auf der einen Seite hat die mit der Globalisierung einhergehende Ausbreitung westlicher Denk-, Lebens- und Politikformen zu immer stärkeren Forderungen nach Gewährung politischer Freiheiten und Einhaltung fundamentaler Grundrechte geführt. Auf der anderen Seite haben Schwierigkeiten bei der Anpassung an Globalisierungerscheinungen vielfach auch zur Stärkung autoritärer und repressiver Strukturen geführt und auch Hoffnungen auf die Verbreitung allgemein akzeptierter Normen und Werte sind bisher nur teilweise in Erfüllung gegangen (z. B. in Lateinamerika). Das macht ein erneutes Nachdenken über die effektivere Verbreitung von Menschenrechten und Demokratie als Grundvoraussetzung eines friedlicheren globalen Zusammenlebens notwendig.

Grundlage dieser Verbreitung darf nicht westliche Arroganz und Bevormundung sein, sondern gegenseitige Achtung und Überzeugung von der Gleichwertigkeit der verschiedenen Kulturen. Insbesondere muss in Rechnung gestellt werden, dass es auf der Welt viele Völker gibt, deren geistige Traditionen nicht so individualistisch wie die Europas und Nordamerikas sind, sondern bei denen der Gedanke der Gemeinschaft eine große Rolle spielt. Der Westen wird das zu respektieren, und dabei dennoch immer wieder folgende Wahrheiten zu vertreten haben:

- dass politische Freiheiten auf die Dauer ebenso wenig ohne die Folge wirtschaftlicher Freiheit (und damit ohne marktwirtschaftliche Elemente) denkbar sind wie wirtschaftliche Freiheiten ohne die Folge politischer Liberalisierung (und damit Demokratisierung),
- dass es bei aller Anerkennung politischer und gesellschaftlicher Traditionen einen Kernbestand an Menschenrechten gibt, der nach westlicher Ansicht und Erfahrung weltweite Anerkennung und Beachtung fordern kann (Recht auf Leben, Verbot staatlicher und gesellschaftlicher Willkür, Verbot von Folter, Sklaverei und Menschenhandel usw.),
- dass die Völkergemeinschaft, repräsentiert durch die UN, gegenüber systematischen und massiven Verletzungen solcher Rechte nicht gleichgültig bleiben kann, sondern aufgerufen ist, sie mit allen geeigneten Mitteln zu unterbinden, ja von vornherein zu verhüten.

Konkrete Ergebnisse aus diesen Überlegungen folgende Aufgaben:

- eine neue, vertiefte Diskussion über die globale Bedeutung von Menschenrechten und Demokratie,
- eine verstärkte Berücksichtigung des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Freiheit bei der internationalen Zusammenarbeit,
- die Rücksichtnahme auf kulturelle Unterschiede und historische Erfahrungen

- gen bei der Ausgestaltung von Demokratie und Menschenrechten,
- die Entwicklung von Grundsätzen, an Hand derer die Völkergemeinschaft – über Menschenrechtskataloge und -kommissionen hinaus – ihrer selbstverständlichen Verantwortung für den Schutz und die Durchsetzung der Menschenrechte gerecht werden kann.

Die Suche nach einem ethischen Grundkonsens

Die Welt ist geistig bei weitem nicht so homogen, wie westliche Beobachter das gerade unter dem Einfluss eines oberflächlichen Globalisierungsdenkens geglaubt, ja vielleicht sogar erhofft haben mögen. Die Unterschiede liegen auch nicht nur in verschiedener wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Entwicklung, sondern ebenso in kulturellen Eigenheiten, religiösen Überzeugungen und historischen Erfahrungen begründet. Entgegen manchen modischen Überzeugungen müssen sie dem friedlichen Zusammenleben der Menschen keineswegs entgegen stehen. Allerdings werden Regierungen und Völker künftig mehr als bisher daran arbeiten müssen, aus den genannten Unterschieden nicht zusätzliche Konfliktherde erwachsen zu lassen.

Eine gesamt menschheitliche Mischkultur darf damit nicht angestrebt werden. Nicht in der Vermengung, sondern im Pluralismus der Überzeugungen und Kul-

turen liegt derzeit die Chance der Menschheit, ein tragfähiges Fundament für eine gemeinsame Ordnung und vor allem ein friedliches, alle förderndes Zusammenleben zu schaffen. Toleranz allein, so wichtig sie ist, wird dazu nicht ausreichen. Notwendig ist vielmehr Respekt, also gegenseitige Hochachtung der verschiedenen Kulturen, und noch mehr: die gemeinsame und vertrauliche Suche nach ethischen Grundsätzen, die sich in allen – oder zumindest den meisten – auf der Welt wirksamen Religionen und Philosophien wiederfinden (so etwa die sogenannte Goldene Formel) und die daher in besonderem Maße Grundlage eines neuen, weltweiten ethischen Konsenses werden könnten.

Für eine politische Handlungsstrategie bedeutet das u. a.

- dem Gedanken vom „Zusammenprall der Kulturen“ bewusst die Idee interkulturellen Zusammenlebens im Weltrahmen gegenüber zu stellen,
- den hierzu notwendigen interkulturellen Dialog immer wieder auf eine pragmatische und damit erfolgversprechende Grundlage zu stellen und
- bei der Suche nach ethischen Mindeststandards die eigenen Wertvorstellungen zwar mit Nachdruck zu vertreten, sie aber auch kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls auch neu zu gewichten.

Die Mitglieder des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Stand: 20. März 2003

Professor Dr. Roman Herzog
Vorsitzender des Kuratoriums,
Bundespräsident a.D.

Professor Dr. Kurt Biedenkopf
Ministerpräsident a.D.

Dr. h.c. Birgit Breuel
Ehem. Präsidentin der Treuhandanstalt

Professor Dr. Manfred Erhardt
Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Frühwald
(ruhende Mitgliedschaft)
Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung

Barbara Groth
Fernsehdirektorin des Senders Freies Berlin (SFB)

Professor Monika Grüters MdA
Geschäftsführerin der Kulturstiftung Brandenburger Tor

Professor Dr. Ulrich von Hehl
Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Leipzig

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang A. Herrmann
Präsident der Technischen Universität München

Dr. Horst Köhler
Managing Director International Monetary Fund Washington,
Präsident a.D. der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Dr. Volkmar Köhler
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Paul Mikat
Präsident der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft

Klaus-Peter Müller
Mitglied des Vorstandes der Commerzbank AG

Klaus D. Naumann
Generalinspekteur a.D., ehem. Vorsitzender des Nato-Militärausschusses

Professor Dr. Udo Reiter
Intendant des MDR

Professor Dr. Schockenhoff
Professor an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg

Professor Dr. Rupert Scholz MdB
Professor für Staatsrecht, Universität München

Professor Dr. med. Dr. h.c. Volker Schumpelick
Direktor der Chirurgischen Klinik und Poliklinik, Universitätsklinikum RWTH Aachen

Ingrid Sehrbrock
Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Dr. h.c. Rudolf Seiters MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Professor Dr. Christoph Stölzl
Senator a.D.

Professor Dr. h.c. Dieter Stolte
Herausgeber "Die Welt" und "Berliner Morgenpost"

Dr. h.c. Horst Teltschik
Vorstandsvorsitzender der Herbert-Quandt-Stiftung der BMW AG

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans Tietmeyer
Präsident i.R. der Deutschen Bundesbank

Professor Udo Zimmermann
Generalintendant der Deutschen Oper Berlin